

## **Grußwort Doppelgedächtnis 5 mit Vaira Vike-Freiberga und Stéphane Courtois am 22.10.2008**

Von Zsuzsa Breier „Doppelgedächtnis“

---

Heute vor 52 Jahren (am 23. Oktober 1956) demonstrierten in Budapest Studenten der Technischen Universität. Einige Hunderte gingen auf die Straßen, um ihre Solidarität mit dem polnischen Arbeiteraufstand zu demonstrieren. Die Demonstration traf den Nerv der Ungarn: Am Abend waren es bereits 200 000, die vor dem Parlament Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen, Unabhängigkeit von der Sowjetunion und den Reform des Kommunismus forderten.

13 Tage dauerte die Revolution. Am 4. November marschierte die Rote Armee ein, sowjetische Panzer erschossen die Straßenkämpfer. Um die 2500 Tote lagen auf den Straßen. Über 200 000 Ungarn flohen ins nichtkommunistische Ausland. Die Anführer des Aufstandes wurden nach einem Schauprozess hingerichtet, insgesamt 350. 20 000 am Aufstand Beteiligte wanderten hinter Gitter.

Die Moskau-treue Führung, die die Vergeltungsmaßnahmen durchführte, blieb bis zum Fall der Mauer im Amt, lernte aber aus der „Konterrevolution“ und verpasste sich mit dem - im Westen so geschätzten - reformierten „Gulaschkommunismus“ ein positives Image.

Die „fröhlichste Baracke des Ostblocks“ ist auf 350 Hinrichtungen, 2500 erschossene Freiheitskämpfer und 200 000 Flüchtlinge gebaut. Und doch konnten weder die Reformen noch das geschickt ausbalancierte Spiel zwischen Schein und Sein den Kommunismus retten. 1989 stürzte das gesamte System – der Kommunismus scheiterte.

Die Ideologie, die Gleichheit und soziale Gerechtigkeit versprach, die im Gegensatz zu der nüchternen Wirtschaftsordnung des Kapitalismus für Ideale begeisterte und intellektuelle Überlegenheit demonstrierte, ist nicht einfach schiefgegangen und nicht einfach gescheitert: Sie entpuppte sich schon im Ansatz als verbrecherisches System.

Das letzte Argument der schwindenden kommunistischen Glaubensgemeinschaft, die Mär von der guten Absicht der Weltrevolution, war mit dem Mauerfall und der Öffnung der Archive auch passé. Schon Marx ermutigte zur „rücksichtslosen Unterdrückung der Klassengegner“; Engels hoffte, dass „ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden“; und Lenin verordnete systematische Terrormaßnahmen und massenhafte Erschießungen.

Das Schwarzbuch des Kommunismus konfrontierte zum ersten Mal den Westen mit den schockierenden Tatsachen des roten Terrors. Heftig waren die Reaktionen: In Deutschland kam es zu einer Neuauflage des Historikerstreits. Die Diskussion über das Relativieren-Wollen, Vergleichen-

Dürfen oder Nicht-Dürfen wollte gar nicht mehr aufhören, und verstellte den Blick vor der Wahrnehmung einer neuen Realität - der geschichtlichen Erfahrung des Ostblocks. So kam es erneut zum Eklat, als die lettische Außenministerin Sandra Kalniete 2004 bei der Leipziger Buchmesse die beiden totalitären Regimes Nationalsozialismus und Kommunismus „gleichermaßen kriminell“ nannte.

Inzwischen sind fast 20 Jahre seit dem Mauerfall, 10 Jahre seit dem Erscheinen des Schwarzbuchs des Kommunismus, 4 Jahre seit der EU-Erweiterung um die ehemaligen Ostblockländer vergangen. Vaira Vike-Freiberga, die als Kind von Kriegsflüchtlingen im Ausland aufgewachsen ist, durfte 1999 helfen, in einem freien, unabhängigen Land als Präsidentin die Vergangenheit aufzuarbeiten und die Zukunft zu gestalten.

Die Wahrheit über den Mythos Kommunismus müsste inzwischen bekannt sein - nicht zuletzt dank des Schwarzbuchs des Kommunismus und der Berichte aus den ehemaligen Ostblockstaaten.

Wie steht es aber mit einer Verständigung in Europa? Wie steht es mit dem errungenen hohen Gut der Demokratie und der Freiheit? Gelingt es den Europäern, ihre Werte, die aus ihren historischen Erfahrungen speisen, zu leben? Gelingt es, das von der Bankenkrise erschütterte Vertrauen in Demokratie und Kapitalismus zu bewahren?

Europa hat sich beim Russland-Georgien-Krieg trotz unterschiedlicher Positionen zu einem gemeinsamen Standpunkt durchringen können, obwohl gerade in der gemeinsamen Außenpolitik die erfahrungsbedingten Divergenzen unübersehbar sind. Dass die Mehrheit der Deutschen den Einfluss der Amerikaner heute als „hauptsächlich negativ“ beurteilt, widerspricht jeglicher osteuropäischer Wahrnehmung. „Wir brauchen Amerika so dringend und notwendig, wie Eltern ihre Kinder brauchen“ – formulierte unser Auftaktredner, Karel Schwarzenberg, der Außenminister Tschechiens.

Der Westen zeigt Verständnis, wenn Russland sich brüskiert fühlt durch die NATO-Erweiterung und die Sonderverträge der Amerikaner mit Warschau und Prag. Osteuropäer, selbst mehr als 40 Jahre lang Empfänger von russischen Demütigungen und Erniedrigungen und erst seit der NATO-Mitgliedschaft und der EU-Erweiterung Genießer des Friedens und der Demokratie, wollten diese Wohltaten weder der Ukraine noch Georgien verwehren.

Und mögen die Deutschen US-Präsident Bush für eine größere Gefahr für den Weltfrieden halten als den russischen Regierungschef Putin – und das während des russischen Vordrängens auf georgischen Boden – , die frisch in den Genuss der Demokratie gekommenen Osteuropäer fragen sich, seit wann von einer Demokratie mehr Gefahr ausgehen soll, als von einem

autokratisch geführten Staat, der seine Nachbarn bedroht und das Völkerrecht verletzt?

Stellen Sie sich vor: Obama würde auf dem Weg zu einer Wahlveranstaltung aufgehalten und gefangen genommen werden, kritische Journalisten der New York Times würden getötet und Bush würde in ein anderes Amt wechseln, um seine Macht mit einer Vertrauensperson an seiner Seite zu verlängern. Dann könnten Sie sagen, Amerika sei eine Gefahr für den Weltfrieden.